

Eingebunkert

Der Kanton Zürich hat den Alltag für abgewiesene Asylsuchende härter gemacht. Trotzdem wollen die meisten von ihnen bleiben. Zu Besuch in einer Notunterkunft.



Unter diesem Hügel wohnen rund 50 Menschen: Notunterkunft Urdorf. Foto: Thomas Egli

Kaum jemand spaziert freiwillig die Hauptstrasse entlang, die von Urdorf nach Birmensdorf führt. Zu laut sausen die Autos vorbei, zu durchschnittlich wirkt die Gegend: Wiesen, Wald, Hügel.

Trotzdem hat der Fussverkehr auf dieser Strecke seit Anfang Februar zugenommen. Morgens und abends gehen junge Männer von der letzten Bushaltestelle Richtung Waldrand. Dort, einige Hundert Meter vom Dorf entfernt, liegt eine kantonale Notunterkunft (abgekürzt NUK). Sie beherbergt abgewiesene Asylsuchende, Menschen, welche die Schweiz verlassen müssten. Nur deshalb sind sie noch im Land, weil die nötigen Papiere für eine **Ausschaffung** oder eine freiwillige Rückkehr fehlen. Trotzdem haben sie Anrecht auf ein wenig Geld, Unterkunft und medizinische Versorgung.

Die Zunahme des Fussverkehrs ist die Folge einer umstrittenen Regelung, welche die Sicherheitsdirektion von **Mario Fehr** (SP) Anfang Februar erlassen hat. Seither müssen sich die Bewohner der sechs kantonalen Notunterkünfte täglich zweimal dort melden; zwischen 8.30 und 9.30 Uhr sowie zwischen 19 und 20 Uhr. Wer einen Termin verpasst, bekommt keine Nothilfe. Die 8.50 Franken pro Tag müssen ausreichen für Essen, Zugbillette und alles andere.

Viel Chromstahl, wenig Komfort

Notunterkünfte bieten knapp, was in der Schweiz zum untersten Standard gehört. Am Rande von Urdorf leben rund 50 Abgewiesene in einem Zivilschutzbunker, tief unter der Erde, hinter dicken Betontüren. Es gibt weder Tageslicht noch Handyempfang, der Platz ist knapp. Die Asylsuchenden schlafen verteilt auf vier Zimmer, die schmalen Betten sind in drei Ebenen übereinandergestapelt. Wer ein bisschen Privatsphäre will, muss das Bett mit Tüchern verhängen.

21.02.2017

Artikel zum Thema

Linker Widerstand gegen linken Regierungsrat



Mario Fehr schikanieren abgewiesene Flüchtlinge. Dies sagen linke NGOs sowie die Grünen und die AL. [Mehr...](#)

21.02.2017

«Wer nicht bleiben darf, soll schnell wieder gehen»

Der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr erteilt abgewiesenen Asylbewerbern Bewegungsverbote. «Schikane», sagen Hilfsorganisationen, Gerichte erhalten Beschwerden. [Mehr...](#)

Marisa Eggli. 11.08.2016

Es reicht, Herr Fehr

Kommentar Es braucht keine weiteren Verschärfungen für abgewiesene Asylsuchende, die im Gesetz nicht vorgesehen sind. [Mehr...](#)

Liliane Minor. 21.02.2017

Das Ressort Zürich auf Twitter

Das Zürich-Team der Redaktion versorgt Sie hier mit Nachrichten aus Stadt und Kanton.

[@tagi folgen](#)

Umfrage

Finden Sie dem Umgang der Zürcher Behörden mit den abgewiesenen Asylbewerbern angemessen?

- ja
-
- nein, sie gehen zu weit
-
- nein, sie müssten noch strenger sein
-
- weiss nicht
-

Abstimmen

Neben den Schlafzimmern gibt es einen Aufenthaltsraum und eine Küche. Die Möbel scheinen direkt vom Militär zu stammen, viel Chromstahl, wenig Komfort.

Ununterbrochen rauscht die Lüftung, Kameras filmen die öffentlichen Bereiche. An vielen Tagen fährt die Polizei vor, um jemanden zu verhaften, oft wegen «illegalen Aufenthalts».

Gegen den Bunkeroller

Im Schweizer Militär gibt es ein Wort dafür, wenn Soldaten die beengten Verhältnisse unter der Erde nicht mehr aushalten: Bunkeroller. Um keinen solchen zu kriegen, verbringen die Flüchtlinge die meiste Zeit vor dem Eingang, wo das Handy Signale und die Lunge frische Luft bekommt.

Eine Minderheit der Bewohner kann bei Freunden oder Verwandten übernachten. Viele fahren regelmässig nach Zürich, um unter die Leute zu kommen oder bei freiwilligen Helfern Deutsch zu lernen. Wer irgendwie kann, bleibt nicht den ganzen Tag in der Notunterkunft. Das mache depressiv, sagen abgewiesene Asylsuchende, mit denen [Tagesanzeiger.ch/Newsnet](https://www.tagesanzeiger.ch/Newsnet) geredet hat. Die neue Anwesenheitspflicht empfinden sie als erniedrigende Schikane. Die Regel sei weder angekündigt noch erklärt worden, faktisch entspreche sie einem Hausarrest. Für viele sei es nicht mehr möglich, abendliche Kurse oder Rechtsberatungen zu besuchen oder an Gottesdiensten teilzunehmen. «Wir fühlen uns noch stärker ausgestossen und isoliert», sagt einer.

Vor allem frustrierte Menschen

Dass die Massnahme etwas bringt, glaubt niemand. «Der Alltag in den Notunterkünften ist hart. Aber in ihrer Heimat haben viele deutlich härtere Dinge erlebt.» Das neue Regime produziere vor allem frustrierte Menschen. Die Enge der Unterkünfte gepaart mit der Perspektivlosigkeit führe unter Abgewiesenen immer wieder zu Streit.

«So versucht man, die Leute zu destabilisieren», sagt Lena Weissinger, eine Anwältin, die auch abgewiesene Asylsuchende berät. Dabei müsse man der Realität ins Auge sehen, dass gewisse Menschen aus verschiedensten Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehrten – selbst wenn man den Druck erhöhe und selbst wenn sie kaum Chancen auf eine Aufenthaltsbewilligung haben. Die Hoffnung der Abgewiesenen richtet sich auf ein Härtefallgesuch oder eine Heirat.

In der Notunterkunft Urdorf verlässt ein Teil der Bewohner den Bunker, unmittelbar nachdem sie am Morgen ihre 8.50 Franken abgeholt haben. Sie gehen Richtung Dorf, um dort den nächsten Bus zu erwischen, der sie nach Schlieren bringt. Etwa in der Mitte des Weges müssen sie die viel befahrene Birmensdorferstrasse überqueren. Autos schnellen vorbei, Tempo 80, keines bremst. Einen Fussgängerstreifen gibt es dort nicht.